

EU BEITRITT DER TÜRKEI UND DIE BETEILIGUNG DER MIGRANTEN AM POLITISCHEN LEBEN IN DEUTSCHLAND*

*Lale Akgün***

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

kann das politische und bürgerschaftliche Engagement von türkischen Migranten in Deutschland dazu beitragen, dass der EU-Beitritt der Türkei schneller von Statten geht? Können die türkischen Migranten Botschafter der Türkei und der türkischen Kultur in Deutschland sein? Und trägt das zu ihrer Integration in Deutschland bei?

Als Politikerin beschäftige ich mich mit beiden Fragen: Als Mitglied im Europaausschuss bin ich im Auftrag der SPD zuständig für den EU-Beitritt der Türkei. Gleichzeitig beschäftige ich mich in der SPD-Bundestagsfraktion mit Fragen von Migration, Integration und Islam.

Aus meiner Sicht kann ich all die soeben gestellten Fragen mit „Nein“ beantworten.

Der EU Beitritt der Türkei und die Beteiligung von Migranten am politischen Leben in Deutschland. Das sind zwei wichtige und spannende Themen – allerdings, um es etwas provokativ zu formulieren: sie haben nichts miteinander zu tun.

Der EU-Beitritt der Türkei ist eine geopolitische, wirtschaftliche und europapolitische Frage, die sich in den Verhandlungen zwi-

* Transkript des Vortrags.

** Dr., MdB.

schen den europäischen und der türkischen Regierung entscheiden wird.

Die Beteiligung von Eingewanderten, mit türkischem, russischen oder polnischen Migrationshintergrund am politischen Leben in Deutschland hingegen ist eine Frage von Integration und Zugehörigkeit der Eingewanderten in die deutsche Gesellschaft.

Die These möchte ich heute in meinem Referat ausführen und nutze die Gelegenheit mich sehr herzlich bei Professor Dartan von der Marmara-Universität in Istanbul, bei der Universität Bremen sowie dem Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien, für die Einladung bedanken.

Zunächst möchte ich auf den EU-Beitritt der Türkei eingehen. Die EU und die Türkei unterhalten seit dem Assoziierungsabkommen von 1963 meist gute, teilweise auch wechselhafte Beziehungen zueinander. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten diese Beziehungen mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Herbst 2004. Seitdem verhandeln die Türkei und die EU miteinander. Die Türkei muss dabei für einen Beitritt den Kopenhagener Kriterien entsprechen.

Die Verhandlungen gehen voran, wenn auch schleppend und nicht immer gradlinig. Das größte Problem ist immer noch die Zypernfrage. Dennoch hatten die EU und die Türkei im April 2009 10 Kapitel der Beitrittsverhandlung unter anderem aus den Bereichen Kapitalverkehr, Medien, Wissenschaft und Forschung eröffnet. Die Europäische Kommission hat für 2009 die Eröffnung weiterer Kapitel in Aussicht gestellt, wenn die Türkei notwendige Reformen im Arbeits- und Gewerkschaftsrecht verabschiedet.

Natürlich ist der EU-Beitritt sowohl in der Türkei als auch in der EU eine politisch hoch umstrittene Frage: sowohl bei den Bürgern der EU Staaten, als auch bei den Bürgern der Türkei und in den verschiedenen politischen Lagern in beiden Ländern. Weder in der EU noch in der Türkei herrscht Einigkeit darüber, ob die Türkei der EU beitreten soll. In Deutschland sprechen sich die Christdemokraten immer wieder gegen einen Beitritt und für eine so genannte privilegierte Partnerschaft aus, Frankreichs Staatspräsident Sarkozy ist

kritisch gegenüber dem Beitritt. In der Türkei regt sich auch immer wieder Widerstand von islamistischer, nationalistischer und kemalistischer Seite gegen den Beitritt. Sie kennen alle die entsprechenden Debatten der letzten Jahre.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Ob und wann die Türkei der EU wird beitreten können, ist eine Frage, die sich an der Reformfähigkeit der Türkei entscheidet. Und natürlich eine politische Frage, die von politischen Mehrheiten in der EU genauso wie von politischen Mehrheiten der Türkei.

Es ist aber keine Frage, des politischen Engagements von türkischen Eingewanderten der 1., 2., oder 3. Generation in Deutschland. Wenn ich mich für den Beitritt der Türkei einsetze, dann tue ich das als Sozialdemokratin und als Europapolitikerin. Ich tue das, weil ich davon überzeugt bin, dass zu einem Europa, das sich als Friedensmacht versteht, auch die Türkei gehört. Aber nicht, weil ich in der Türkei geboren bin. Das sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Hier eine Unterscheidung zu treffen, halte ich für wichtig, um glaubwürdig und objektiv sein zu können.

Natürlich gibt es auch Vereine türkischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland, die stark an ihrem Herkunftsland orientiert sind und die den EU-Beitritt der Türkei befördern wollen. Grundsätzlich ist gegen dieses Engagement nichts zu sagen. Es fragt sich nur, was es bringt. Diese Vereine sind oft sehr in der Vergangenheit verhaftet und haben wenig politische Bedeutung. Zudem tragen sie zum Teil auch politische Trennungslinien und Konflikte aus der Türkei in die deutschen Debatten. Das ist aus meiner Sicht wenig hilfreich – teilweise sogar kontraproduktiv.

Kontraproduktiv wird es vor allem dann, wenn herkunftslandorientierte, also Türkei orientierte Vereine das Modell einer ethnisch segregierten Gesellschaft ungeschwellig oder offen propagieren.

Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Vor einigen Jahren hat zum Beispiel Birand Bingöl vom Westdeutschen Rundfunk eine Türkenpartei in Deutschland vorgeschlagen. Ich habe ihm damals vehement widersprochen. Wozu brauchen wir eine

Türkenpartei in Deutschland? Haben alle Türken die gleiche politische Meinung, haben sie alle dieselben Interessen? Ich denke nicht. Ein türkischer Unternehmer hat doch ganz andere Interessen als ein türkischer Arzt und beide wiederum andere als ein türkischer Arbeiter.

Sollen wir denn in Deutschland eine Türkenpartei, eine Russenpartei, eine Polenpartei, eine Irakerpartei und so weiter und so fort gründen? Das kann nicht sein. Brauchen wir Rechte für die neue, nationale Minderheit der Türken, wie zum Beispiel von der Türkischen Gemeinde Deutschland gefordert? Ich denke nicht.

Auch den Trend zur Gründung türkischer Privatschulen halte ich für wenig günstig. Natürlich besteht immenser Reformbedarf im deutschen Schulsystem. Kinder mit Migrationshintergrund müssen viel besser gefördert werden. Aber kann die Antwort auf die Probleme sein, dass Kinder nun getrennt nach ethnischen Gruppen lernen? Auch hier sage ich: das kann nicht sein. Hier werden Trennlinien verschärft oder geschaffen zwischen Einheimischen und Eingewanderten. Das können wir nicht wollen.

Wie Sie merken meine Damen und Herren, bin ich schon zum politischen Engagement, zur Teilhabe von Eingewanderten am öffentlichen und gesellschaftlichen übergegangen. Bürgerschaftliches und politisches Engagement soll für mich vor allem eins: ein Gefühl der Zugehörigkeit schaffen. Und eben nicht ethnische Trennlinien verstärken.

Die gerade genannten Beispiele zeigen: diese Trennlinien gibt es leider noch immer in Deutschland und sie stimmen mich sehr nachdenklich. Wie kann es sein, dass ein türkischer Ministerpräsident im vergangenen Jahr noch bei einer Rede in Köln seine türkischstämmigen Zuhörer einnimmt und begeistert, indem er Ihnen zuruft: „Egal wo ihr geboren seid, ihr seid Türken und ihr bleibt Türken. Wir lieben euch, und ihr gehört zu uns.“ Das zeigt mir, dass es anscheinend immer noch viele Menschen gibt, die sich in Deutschland wenig heimisch fühlen.

Dafür existieren sicher viele Gründe: eine falsche und verspätete Gastarbeiterpolitik, öffentliche Debatten, in denen Eingewanderte

noch allzu oft ausgegrenzt werden und vieles mehr. Die Zeit reicht nicht aus, um auf alle einzugehen. Es stellt sich aber die Frage: wie können wir das ändern? Die Antwort lautet: unter anderem durch politisches und bürgerschaftliches Engagement von Eingewanderten und Einheimischen.

Damit ist auch das Ziel von bürgerschaftlichem und politischem Engagement definiert – es sollte nicht rückwärtsgerichtet sein, sondern auf das Schaffen von Gemeinsamkeit, Inklusion und Zugehörigkeit setzen. Das heißt allerdings nicht, dass nicht auch herkunftslandorientiertes Engagement eine wichtige Funktion hat. Aber eben nur in einem gewissen Rahmen, denn natürlich sollen Kultur, Sprache und Religion gepflegt werden. Wenn sich zum Beispiel die Freunde von Malatya einmal im Monat zu ihrem großen Malatya-Abend treffen, dann ist das durchaus eine schöne, verbindende und identitätsstiftende Veranstaltung. Aber das fällt für mich unter „weekend ethnicity“, wie es die Amerikaner nennen. Das ist im engeren Sinne kein politisches Engagement.

Gerade hier, beim politischen Engagement, besteht unter Eingewanderten in Deutschland Nachholbedarf. So gaben 1998 nur 3% der Migranten an, sie hätten ein sehr starkes und 11% ein starkes Interesse an der Politik. 43% hingegen hatten gar kein Interesse an Politik. Bei den Deutschen ist das Verhältnis nahezu umgekehrt: 31% haben ein sehr starkes Interesse und nur 14% gar kein Interesse. Darüber hinaus sind nur 3% der Türken, Italiener und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien Mitglieder einer Partei sowie 2% der Griechen. Außerdem wissen wir, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Bundestag, in den Länderparlamenten und den Kommunen hoffnungslos unterrepräsentiert sind. Nur ca. 0,03% aller Abgeordneten in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Dabei gibt es rechtliche Hindernisse, es gibt soziale, aber es gibt auch gesamtgesellschaftliche für die politische Selbstbestimmung von Menschen mit Migrationshintergrund.

Schon rein rechtlich gesehen, haben nicht alle Menschen in diesem Land die Möglichkeit, sich an den politischen Willensbildungsprozessen zu beteiligen, weil es ihnen erschwert wird, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, weil es die Möglichkeit der doppel-

ten Staatsbürgerschaft nicht gibt, weil das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer bei uns nicht existiert und weil die öffentlichen Verwaltungen, Parteien und Vereine sich nicht genügend für Zugewanderte öffnen. Aber auch, weil es den Zugewanderten oft an sozialem und kulturellem Kapital in Form von Bildung mangelt.

Es sind also alle Seiten gefragt: Einheimische, Eingewanderte und die Politik, die die Rahmenbedingungen für das Engagement verbessern muss. Es sollten sich mehr Menschen einbürgern lassen, wir brauchen das kommunale Wahlrecht für Ausländer und die doppelte Staatsbürgerschaft. Auch müssen die Bildungschancen verbessert werden. Die Antwort sind dann nicht ethische Parteien, sondern die deutschen Parteien müssen attraktiver werden für Eingewanderte.

Zudem – und das ist für mich das Wichtigste – brauchen wir ein neues Verständnis von „Deutschsein“. Eins, das nicht mehr ethnisch oder völkisch definiert ist, sondern republikanisch. Das würde alle Bürger in Deutschland einschließen, egal ob sie nun türkischer, russischer oder ethnisch deutscher Abstammung sind. Und das ist wichtig für die Integration.

Damit bin ich, wie Sie sehen, bei ganz anderen Fragestellungen als dem EU-Beitritt der Türkei anbelangt. Natürlich ist der EU-Beitritt der Türkei keine rein politische Frage. Auch der kulturelle Austausch ist dafür von großer Bedeutung. Der Bundesaußenminister hat zum Beispiel die Ernst-Reuter-Initiative für den deutsch-türkischen Austausch geschaffen. Auch ist es gut, wenn Deutsche in der Türkei studieren und wenn türkische Studierende nach Deutschland kommen, wenn wir mehr voneinander erfahren. Es ist gut und wichtig, dass es gemeinsame EU-Projekte gibt, wenn sich Hochschulen miteinander austauschen. Das sind wirkliche Brückenschläge.

Zu einem solchen Austausch können auch die türkischen Migranten in Deutschland einen Beitrag leisten, wenn sie denn möchten. Warum nicht? Der türkisch-deutsche Filmemacher Fatih Akin ist hier ein gutes Beispiel.

Aber das kann nicht das Hauptziel von migrantischen Engagement sein. Eingewanderte sind nicht hauptsächlich Botschafter der

Türkei in Deutschland – sie sind vor allem Bewohner und Bürger dieses Landes. Sie sind es auch deshalb nicht, weil sie in der 2., 3. oder 4. Generation hier leben, das Land der Eltern und Großeltern nur von Besuchen kennen und gar nicht mehr fließend türkisch sprechen. Zudem hat sich in Deutschland eine ganz spezifisch türkisch-migrantische Kultur entwickelt. Denken Sie nur an die „Kanak-Sprak“ von Feridun Zaimoğlu. Eingewanderte sind auch deshalb nur bedingt als Botschafter geeignet, weil sie, wie die Einheimischen auch, ganz andere Probleme haben. Viele haben Angst um ihre Arbeitsplätze, fragen sich, wie sie einen Ausbildungsplatz bekommen können und wie sie für das Alter vorsorgen können.

Der EU Beitritt der Türkei und das Engagement von Eingewanderten in Deutschland: es gibt ganz klare Berührungspunkte, das haben wir gesehen, aber im Grunde bleiben es wie gesagt: zwei Paar Schuhe.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf eine spannende Diskussion mit Ihnen.

MARMARA
ÜNİVERSİTESİ



MARMARA
ÜNİVERSİTESİ